

Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde
Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel
Band: 4 (1905)

Artikel: Eine unaufgeklärte Episode aus den 1830er Wirren
Autor: Burckhardt-Werthemann, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-111675>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine unaufgeklärte Episode aus den 1830er Wirren.

Von

Daniel Burckhardt-Werthemann.

Jedem Sammler von schweizerischen Karikaturen dürfte eine Anzahl Lithographien bekannt sein, in denen die Sarner-Konferenz, jener 1832 von einigen konservativen Ständen der Eidgenossenschaft geschlossene Sonderbund, in der damals üblichen, wenig graziösen Manier verspottet wird. Ein häufig vorkommendes Motiv des satirischen Angriffs bildet eine dunkle, schon in den Augen der Zeitgenossen mysteriöse Angelegenheit: *Die Bemühungen der Sarner-Konferenz und namentlich des Standes Basel um die Intervention fremder Mächte zur Ordnung der verwirrten schweizerischen Angelegenheiten*. Oft mehr nur andeutend, oft in breit ausgeführten Episoden schildernd bringen die Karikaturen-Zeichner den gehässigen Stoff vor. Merkwürdig bleibt es, daß auch von einem gut baslerisch gesinnten Maler, L. A. Kelterborn, die Angelegenheit mehrfach künstlerisch behandelt worden ist; den schwer geprüften Baslern sollte damit offenbar nicht ein Hieb versetzt, sondern vielmehr ein tröstlicher Ausblick eröffnet werden.

Als sich der Verfasser vor einiger Zeit bei Anlaß seiner Studien über «die politische Karikatur des alten Basel»¹⁾ auch mit dieser Interventionsfrage zu beschäftigen hatte, wurde ihm nach und nach eine Reihe ganz absonderlicher Dinge bekannt, deren Kenntnis er den Lesern dieser Zeitschrift nicht vorenthalten möchte, zumal die zahlreichen, über

¹⁾ Abgedruckt im Jahresbericht des Basler Kunstvereins für 1903, S. 1 ff.

die 1830er Wirren gedruckten Werke hierüber wenig oder gar keinen Aufschluß bieten.

Das im nachstehenden gebrachte wird schwerlich imstande sein, die rätselhafte Angelegenheit, die ein volles Jahr hindurch alle Gemüter aufs eifrigste beschäftigt hat, voll und ganz aufzuklären; dafür sind aber die von uns publizierten Dokumente — Briefe, Tagebuchnotizen, Gesandtschaftsberichte, Wiedergabe von im Basler Großen Rat stattgehabten Erörterungen, Zeitungsartikel — wohl geeignet, ein psychologisch wertvolles Stimmungsbild aus jenen längst vergangenen, erregten Zeiten zu bieten.

Die Hauptquelle unsrer Mitteilungen sind die Aufzeichnungen des 1844 verstorbenen Rats Herrn Emanuel Burckhardt-Sarasin(-Iselin), eines im allgemeinen ruhig denkenden und durchaus nicht sensationslustigen Baslers, der zwar schon im Jahre 1831 von seiner Kleinratsstelle zurückgetreten war, jedoch steten Kontakt mit den regierenden Kreisen beibehalten hatte.

Für Burckhardts unabhängige Gesinnung zeugt sein langjähriger Verkehr mit *Heinrich Zschokke*. Auf neutralem Boden hatten die beiden Männer einst einen Freundschaftsbund geschlossen, der auch die Feuerprobe der leidigen 1830er Wirren zu bestehen vermochte. Es war ein damals sicherlich seltenes Vorkommnis, daß ein Basler Ratsherr mit einem der Häupter des schweizerischen Radikalismus einen ruhigen, sachlichen Briefwechsel über politische Dinge führen konnte, einen Briefwechsel, an dem wenig von der damals allgemein grassierenden gereizten und gehässigen Stimmung zu verspüren ist; ohne Phrase sprachen sich die Schreiber offen über alles aus, was ihr Herz bewegte, der eine durfte dabei der Diskretion des andern völlig sicher sein.

Die tagebuchartigen Aufzeichnungen Burckhardts sodann — er nennt sie «Szenen aus des Verfassers Lebenslauf» — geben in bunter Reihe alles im damaligen Basel Geschehene wieder; von besonderm Wert sind die Mitteilungen über die Groß- und Klein-Rats-Verhandlungen, welche die dürftigen offiziellen Protokolle mit Farbe und Leben erfüllen; auch die aufgezeichneten «Privatgespräche mit Politikern» enthalten manches Neue.

Was wir über die Angelegenheit der «fremden Intervention» beizubringen vermögen, findet sich zerstreut in vier großen Folianten der Burckhardtschen Manuskripte (VI, VII, X und XI); wir lassen im folgenden vor allem diese zeitgenössischen Berichte sprechen und beschränken unsre eigenen Ausführungen auf wenige orientierende Notizen.

* * *

Auf den in Basel laut gewordenen Gedanken einer fremden Intervention, hat als erster *Heinr. Zschokke* angespielt. Sein Brief wurde geschrieben, als Basel sich eben mit den Ständen Uri, Schwyz, Unterwalden und Neuchâtel zur *Sarner-Konferenz* vereinigt hatte, nachdem seitens der Tagsatzung trotz Basels energischen Protesten der verhängnisvolle Beschluß vom 5. Oktober 1832 ergangen war¹⁾ (Trennung Basels in zwei Staatswesen). Das Schreiben lautet:

Aarau, 26. Nov. 32.

«Dankbar, mein theuerster Herr Rathsherr, bescheinige ich Ihnen den Empfang Ihrer lieben Briefe, die mir *alle* richtig zugekommen sind. Nur die drei Wochen lange Sitzung des großen Rathes hinderte mich, wie auch an viel dringenderem, Ihnen zu antworten.

Was auch endlich aus den Wirren Ihrer lieben Vaterstadt werden soll, errath' ich nicht. Niemand verliert bei diesem Zögern als Basel. Das Schweigen des Vororts ist mir unerklärlich. Das Nichterscheinen der fünf Orte wird die Schweiz nicht abhalten, ihre Tagsatzung zu halten und zu beharren bei dem, was beschlossen ist. In der Basler Sache, ich wiederhole es, ist von Allen gefehlt, und wird noch immer gefehlt.

Die Tagsatzung wollte ja einst auch vermitteln: Ihr Großer Rath nahm es nicht an. Jetzt wollen die fünf Kantone vermitteln, die sich immer für die Stadt gegen die Landschaft zeigten; es läßt sich voraussehen, die Landschaft anerkennt diese Vermittler nicht. Aufgenommen in den eidsgen. Bund, kennt sie Niemanden über sich, als die Tagsatzung.

¹⁾ Heusler, Die Trennung des Kantons Basel, II, 239 ff.

Wie dann weiter? — Fremde Einmischung anrufen? — Es wäre *unfruchtbarer Hochverrath*; denn das Ausland, ohne *Recht* zur Einmischung, und in Gefahr, abgewiesen zu werden, hat wichtigeres abzuthun. *Minima non curat prætor*. (Das glaubt man vielleicht bei Ihnen nicht.)

Saß ich im gr. oder kleinen Rath zu Basel, würd' ich sagen: «Beim ewigen Zaudern verlieren wir das Meiste; zur Gewalt haben wir nicht Kräfte genug; Wiedervereinigung mit der Landschaft ist nicht sobald möglich; Reconstituierung mit unausgesöhnten Gemüthern noch viel weniger; fremde Hülfe dürfen wir nicht erwarten, höchstens wird man in einem künftigen Kriege unsre Geldkisten brandschatzen, *zumahl wenn wir muthwillig aus dem Bund treten*. Es könnte ein Tag kommen, da es um Basels Wohlstand auf immer geschehen ist. Also erwarten und wünschen wir keinen Krieg! Der Krieg ist ein Heilmittel für unsre Noth, wie der Tod das beste gegen unerträgliches Zahnweh. Wer will gern solches Panacé?

Also müssen wir einen andern Weg einschlagen. Schließen wir mit der Landschaft einen förmlichen Vertrag ab über die Art und Weise, wie wir künftig gegenseitig in unsern Verhältnissen bestehen wollen. Ist der Vertrag geschlossen, theilen wir ihn den übrigen Ständen mit. Durch Haß und Erbitterung verschlimmern wir unsre Sache; durch Offenheit und Würde gegen den Feind gewinnen wir mehr von ihm als durch ohnmächtige Gewalt. Wir sind von Allen verlassen; so wollen wir uns selber nicht verlassen und, statt mit der Eidsgenossenschaft, unmittelbar mit den Häuption der Landschaft zusammentreten; erst durch achtbare Privatmänner, als wär es auf ihr eigenes Versuchen, dann — officiell. Ich wette, man würde sich bald verständigen.»

So würd' ich in Ihrem Rath sprechen (bei geschlossener Sitzung), würde geschätzte Männer zur Einleitung des Geschäfts vorschlagen, z. B. Hrn. Em. Burckhardt, den ich ehre und liebe, und dem ich bleibe immerdar

H. Zschokke.»

Wir verzichteten darauf, die im Laufe des Winters 1832/33 und im Frühling 1833 in Basel laut gewordenen und sich hart-

näckig behauptenden Gerüchte über die Versuche, fremde Intervention herbeizuführen, in ihren verschiedenen Versionen hier wiederzugeben. Am 19. Februar 1833 hatte der Abgeordnete Salverte in der französischen Deputiertenkammer den Minister des Auswärtigen öffentlich angefragt, ob die Tatsache richtig sei, daß Basel, «ne voulant plus se soumettre aux décisions de la Diète a pensé à se rendre ville impériale». Die Antwort des Herzogs von Broglie ging dahin, daß das Ministerium des Auswärtigen nichts von derartigen Absichten Basels wisse. — Dem Interpellanten scheint somit das auch Zschokke bekannte Gerede zugetragen worden zu sein. Interessant ist, daß sowohl bei Zschokke als auch bei Salverte das Gerücht vom Interventionsgesuch bereits um das Moment von «Basels Austritt aus dem Schweizerbund» erweitert erscheint.

* * *

Hatten wir es bis jetzt lediglich mit mehr oder minder vagen Gerüchten zu tun, so nimmt nach dem 3. August 1833 die Sache festere Formen an.

Die Expedition vom 3. August war mißlungen. Die Tagsatzung hatte zwei Kommissäre, den Staatsrat R. Steiger von Luzern und den Schaffhauser Bürgermeister v. Meyenburg nach dem Kanton Basel gesandt und gleichzeitig den Bundesauszug von drei Kantonen in eidgenössischen Dienst gestellt. Am 7. August ging Bürgermeister und Rat das folgende Schreiben zu:

Hochgeachteter Herr Bürgermeister,
Hochgeachtete Herren,

Wir finden uns veranlaßt, von Ew. Hochwohlgeboren die Erklärung zu verlangen, ob die Stadt Basel bereit ist, sich durch eidg. Truppen besetzen zu lassen oder aber *nicht*. Eine unumwundene Erklärung erwarten wir bis Freytag Abends in Rheinfelden. Trifft keine zusichernde Antwort ein, so werden wir dieses Ausbleiben als eine abschlägige Antwort betrachten und auch darnach unsere Vorkehrungen anordnen.

Die eidgen. Commissarien
J. R. Steiger
V. v. Meyenburg.

Mit dieser Note war «der Augenblick des wichtigen Entscheides eingetroffen zwischen Unterwerfung oder fernerm Widerstand». (Heusler a. a. O., II, 447.) Der Große Rat hatte hierüber am 9. August (Freitags) zu beschließen. Wir teilen folgendes aus dem Verlauf dieser denkwürdigen Sitzung mit:

Bürgermeister Frey eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Kleine Rat darauf antrage, «man solle ihm Vollmacht zum Traktieren geben, um eidgenössische Besatzung einnehmen zu dürfen, denn der Sarner Bund sey gesprengt und Hr. Bürgermeister Burckhardt befänden sich wiederum hier». Der von Ratschreiber Braun verlesene Ratschlag wurde hierauf durch *Bürgermeister Carl Burckhardt* warm unterstützt: «Wir wollen sehen, ob und welche Zusicherungen wir von den eidgen. Kommissarien erhalten können und dann wird es sich zeigen, ob wir uns fügen wollen oder nicht, ein fernerer Widerstand aber ist schwer und wir dürfen *ja* nicht reizen etc.» Nachdem Präsident *Bernoulli* gegen den Ratschlag und *Deputat La Roche* für denselben gesprochen hatten, meldete sich *Peter Vischer-Passavant* zum Wort und sprach folgendes:

«Hätten wir Brüder an der Tagsatzung, so wäre alles gut; es tut mir leid, daß ich es sagen muß, es sind ... (folgt ein starker Ausdruck) Feinde, die mit Haß und Rache beseelt, unsern Untergang wollen, *das* müssen wir ins Auge fassen; sie wollen uns demütigen und in Ohnmacht sinken lassen. Nehmen wir Truppen auf, so sind wir verloren, nehmen wir sie nicht auf, — ebenso. Sowie die Bürgerschaft entwaffnet wird, setzt es blutige Hände; die Bürgerschaft verteidigt sich, so werden nicht wenige auf dem Schaffot bluten müssen und zwar von unsern herrlichsten und vortrefflichsten, denn die gemeinen Seelen trifft dies Los nicht. Laßt uns doch den Landfrieden öffentlich geloben, aber die Exekutionstruppen abweisen. Wenn sie *damit* nicht zufrieden sind, — wir sind in einer schweren Lage, — jedes Wort ist wichtig, — sie (d. h. die Kommissarien) werden ein unumwundenes ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ von uns haben wollen und sich durch unsre Finessen diesmal nicht wollen hinhalten lassen. ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ sollen wir

sagen, ob wir uns auf Gnade oder Ungnade ergeben wollen, oder aber nicht. ‚Auf Gnade oder Ungnade‘ — hören Sie es? Das fällt mir viel zu schwer. (Mit tiefbewegter Stimme.) Ich spreche es mit schwerem Herzen aus, — Pause — lieber den Schutz der alliierten Mächte anrufen als sich ergeben. Die hohen Mächte sollen uns retten und helfen, das ist mein förmlicher Antrag! Wir sind gerechtfertigt, wenn wir dies tun, denn die auf uns wie Kettenhunde losgelassenen Polen sind ebenfalls weiter nichts als fremde Intervention. Wir sind gerechtfertigt, denn wir sind nicht die ersten, welche Fremde in die Schweiz gerufen. Jetzt ist die Zeit wirklich vorhanden, fremden Schutz anzurufen. Wir wollen zwar unterhandeln, aber die Truppen unter keinerlei Vorwand einnehmen, tausendmal lieber fremder Schutz angesprochen!»

Mehrfach angegriffen, aber auch von zwei Seiten [J. J. Bischoff-Deurer, Forcart¹⁾] kräftig unterstützt, meldete sich der Redner später nochmals zum Wort und führte aus, daß die willkürlichen Veränderungen, welche die radikale Tag-satzung neuerdings an dem vom Wiener Kongreß anerkannten Bestande der Eidgenossenschaft vorgenommen hätte, eine Intervention der Mächte geradezu bedingen müßten.

Ratsherr Wilh. Vischer-Legrand: «Fremde Intervention wäre fürwahr ein schmähhches Auskunftsmittel und müßte zu weiter nichts führen, als Gährung, Haß und Rache bedeutend zu vermehren, *denn bereits sind ohne unser direktes Zutun Noten gewechselt worden*, und was der Erfolg sein wird, steht noch im Zweifel, — schon lange stehen wir schlimm, — es bleiben uns nur noch zwei Wege übrig, entweder eine desperate Verteidigung oder Kapitulation. Widerstand ist unnütz und eine Tollkühnheit, die Eidgenossen versprechen gute Mannszucht etc.» (Der Redner spricht zum Ratschlag.)

Von den fernern Voten interessieren nur noch wenige. *Bürgermeister Frey* gab zu, daß in Sachen einer Intervention «schon alles *unter der Hand* getan worden sei». Die Angelegenheit erachte er aber für erledigt durch den leisen diplomatischen Schritt, welchen die Gesandten

¹⁾ Em. Burckhardt spricht schlechthin von einem «Herrn Forcart», mit welchem sowohl Achilles Forcart-Iselin, als auch Rudolf Forcart-Bachofen gemeint sein könnte; wahrscheinlich ist der letztgenannte der Votant gewesen.

der Mächte beim Vorort getan und mit welchem sie — leider vergeblich — vor Gewaltanwendung gegen Basel gewarnt hätten. *Altbürgermeister Wieland* antwortete in eingehender Weise auf das zweite Votum von Peter Vischer-Passavant und verbreitete sich über die sinngemäße Interpretation der Wiener Kongreßakte «man spricht so oft und viel von einer Garantie der fremden Mächte; machen wir uns doch keine Illusionen, Tit., denn es gibt einen wesentlichen Unterschied: nicht die *innere* Verfassung, sondern einzig und allein die *Unabhängigkeit und Neutralität* — weiter wurde auf dem Wiener Kongreß keine Silbe gewährleistet, so und nicht anders verhält es sich; in unsre innern Angelegenheiten und Zerwürfnisse werden sich also die fremden Monarchen sicherlich nicht einmischen Wir stehen bereits am Rand des Abgrundes, halten wir uns fest am Schweizerbund, sonst sind wir, unsre Kinder und Kindeskindern verloren. Ich stimme zum Ratschlag so wie er vorliegt.»¹⁾

Als Kuriosum verdient noch der Antrag des *Obersten Weitnauer* genannt zu werden, «man möge der eidgen. Exekution eine militärische Position außerhalb der Stadt, etwa bei der Birsbrücke anweisen, dadurch könne sie das Zusammentreffen beider Partheyen am besten verhindern».

Schließlich wurde der Antrag der Regierung, mit den eidgenössischen Kommissarien behufs Aufnahme der Exekutionstruppen zu unterhandeln und dabei die Erzielung der günstigsten Bedingungen im Auge zu behalten, mit 56 gegen 9 Stimmen angenommen.

Aus diesen Groß-Ratsverhandlungen scheint also so viel hervorzugehen, daß *ohne Zutun* der Regierung ein Versuch, fremde Intervention herbeizuführen, unternommen worden ist. Ob die schüchterne Einsprache der fremden Diplomaten gegenüber der militärischen Besetzung Basels eine Folge dieser eines offiziellen Charakters offenbar entbehrenden Interventionsgesuche war, bleibt unsicher.

¹⁾ Die oft gehörte und auch von Adolf Vischer (der 3. August 1833, S. 42) wiedergegebene Meinung, daß die einzige Stimme des greisen Altbürgermeisters Wieland sich gegen das Öffnen der Tore erhoben habe, beruht somit auf einem Irrtum.

Aus einem Artikel des «Schwäb. Merkur» (No. 225, 18. August 1833) und einem darauf Bezug nehmenden Bericht des bei der Tagsatzung akkreditierten bayrischen Gesandten (Königl. Bayr. Geh. Staatsarchiv, K. schw. 580/19 Mission en Suisse 1833) läßt sich schließen, daß die deutschen Mächte die schweizerischen Verwicklungen mit aufmerksamem Auge betrachteten, daß aber das Ereignis vom 3. August 1833 eine *vielleicht* geplante Intervention überholt hat. «Die vollendeten Tatsachen betätigten wie gewohnt ihre Wunderkraft.» (J. Baumgartner, Die Schweiz 1830—1850, I, 464.)

Der «Schwäb. Merkur» schreibt:

Vom Main, den 15. August. Die Wirren in der *Schweiz* und die von der eidgen. Tagsatzung zu deren Unterdrückung getroffenen Maßregeln können für die h. deutsche Bundesversammlung keine gleichgültige Sache seyn. Erwägt man noch, daß die Schweiz in ihrem Schooße mehrere hundert Polen hegt, deren Nähe, aus bekannten Ursachen, manchen deutschen Regierungen Besorgnisse einflößt, und daß außerdem noch deutsche Demagogen ebendasselbst eine Zufluchtsstätte gefunden haben, so dürfte man es wohl ganz konsequent finden, wenn von Seiten des deutschen Bundes hinsichtlich der Schweiz ähnliche Einschreitungen verfügt würden, zu denen sich z. B. Östreich durch die Unruhen in den italienischen Staaten veranlaßt fand. In der That soll auch dieser Gegenstand bereits zur Sprache gebracht und in Überlegung genommen worden seyn. Indessen würde für den Fall, daß deßhalb von Bundeswegen ein Beschluß gefaßt werden sollte, die Ausführung desselben wohl keiner der größten Bundesmächte übertragen, sondern eher zwei oder drei der minder mächtigen Bundesstaaten, theils wegen ihrer geographischen Lage, theils weil eine materielle Einschreitung derselben keinen politischen Argwohn bei andern Europäischen Großmächten erregen würde, damit beauftragt werden.»

Der bayrische Gesandte in der Schweiz bemerkt hierzu in einem Schreiben vom 24. August 1833:

«Un article du Mercure de Souabe du 18 de ce mois sur le projet d'une intervention matérielle en Suisse de la part des états de la confédération germanique m'engage à faire la remarque que je ne regarde plus une telle mesure

comme aussi facile à exécuter qu'elle ne l'était avant les derniers événements qui ont totalement changé la face de ce pays.»

Der Gesandte Bayerns konnte aus eigener Erfahrung sprechen. Am 7. August hatte er mit seinen Kollegen von Rußland, Österreich, Preußen und Sardinien an jener, von Bürgermeister Frey in der Großratssitzung vom 9. August erwähnten Audienz teilgenommen, die von den Vertretern der Mächte beim Bundespräsidenten, Bürgermeister Heß von Zürich, nachgesucht worden war, um die Tagsatzung vor allzustrenger Maßreglung Basels zu warnen. Wir können uns nicht versagen, an dieser Stelle charakteristische Einzelheiten über die völlig ergebnislos verlaufene Audienz zu bringen. Die nachfolgende Schilderung¹⁾ stammt aus der Feder des freiburgischen Tagsatzungsgesandten Dr. Bussard und findet sich als Postskriptum seines an die Freiburger Regierung gerichteten Rapportes über die 22. Sitzung der Tagsatzung:

«Zurich. 10 août. Ayant appris que l'Aristocratie sollicitait dans son agonie une intervention étrangère, je me suis rendu ce matin auprès de S. E. l'Ambassadeur de France. J'ai appris des nouvelles très importantes. Les Ambassadeurs d'Autriche, de Prusse, de Russie, de Sardaigne et de Bavière se sont rendus simultanément chez M. de Rumigny (dem französischen Gesandten) pour l'engager à faire avec eux une démarche auprès du Président de la Diète, dans le but d'empêcher que Bâle ne soit occupé par les troupes fédérales. S. Exc. répondit que loin de faire ce pas, il devait exprimer la conviction où il était que pour le repos de la Suisse et la sûreté

¹⁾ Nachdem der Verfasser dieses Aufsatzes im März 1904 bei Gelegenheit eines in der historischen Gesellschaft gehaltenen Vortrages die Interventions-Angelegenheit rasch gestreift hatte, ließ Herr Staatsarchivar Dr. Rud. Wackernagel in sehr verdankenswerter Weise bei der Mehrzahl der schweizerischen, sowie bei einigen deutschen Archiven Nachforschungen anstellen, ob zur weiteren Klärung der mysteriösen Sache urkundliches Material vorhanden sei. Der erhaltene Bescheid lautete meist in negativem Sinn. Was aus dem Königl. Bayr. Geh. Staatsarchiv und dem Archiv von Freiburg beigebracht werden konnte, findet sich in unserm Aufsatz verwendet.

de la Ville de Bâle elle-même, cette occupation était nécessaire. Il entra dans divers détails pour prouver à M. M. ses collègues que la Diète n'a d'autre but que le maintien du repos et de la tranquillité et que pour y parvenir elle a besoin de garanties. Ces Messieurs, n'ayant pu le déterminer à faire la démarche mentionnée, se rendirent sans lui auprès de M. le Président Heß. M. de Bombelles (der österreichische Gesandte) prit la parole au nom de tous. M. le Président voulut d'abord savoir s'il s'agissait d'une communication officielle ou d'un simple entretien confidentiel; il lui fut répondu, qu'ils n'étaient porteurs d'aucune note de leurs cours respectives et qu'il ne pouvait être question que de communications confidentielles. Le Président exposa que la Diète n'avait d'autre intention que de faire respecter ses arrêtés et maintenir la paix intérieure. L'empressement avec lequel les soldats suisses ont couru aux armes fait suffisamment connaître le besoin qu'éprouve la nation d'arriver à ce but en employant, si le faut, les moyens les plus énergiques. On a pu voir par là que même avec le pacte de 1815 la Suisse a assez de force pour maintenir la paix tant au dedans qu'au dehors.

La-dessus M. de Bombelles s'empessa de conclure que le pacte de 1815 était excellent, ce qui engagea M. le Président à lui faire observer que la conversation avait uniquement pour objet les événements actuels et nullement les améliorations que pourraient dans la suite des temps obtenir nos institutions. M. le Ministre de Prusse (Herr von Olfers) prit vivement la parole et soutint que si la Diète n'avait d'autres vues que celles dont parle son Président, elle n'aurait pas souffert que des Polonais se battissent contre les Bâlois. M. Hess le pria de considérer que dix Polonais seulement qui avaient reçu l'hospitalité dans le canton de Bâle-Campagne, avaient cru devoir témoigner leur reconnaissance en repoussant des troupes qui incendiaient les maisons de leurs bienfaiteurs; qu'on ne pouvait tirer de ce fait aucune conclusion et qu'on ne pouvait pas sérieusement appeler intervention étrangère la présence de dix Polonais parmi les campagnards de Bâle. La-dessus M. le Ministre de Prusse répondit d'un

ton tellement aigre et déplacé, que M. le Président lui déclara avec dignité, que dès ce moment la conversation était terminée, qu'il savait ce qu'il devait à la dignité de la Confédération, et que la Diète saurait arranger par elle-même les affaires de famille qui divisent les Suisses.

Cette fermeté dérouta la diplomatie qui vit bien, qu'elle ne faisait peur à personne. C'est une affaire terminée. Telle est l'assurance qu'en donne S. E. L'Ambassadeur de France.
(signé) *Dr. Bussard.*

Diese pikanter Zwischenfälle durchaus nicht entbehrende Audienz war offenbar in der Geschichte der Basler Wirren der letzte (ob auch einzige?) Fall eines Eingriffsversuches fremder Diplomatie.

* * *

Mit den in der Großrats-Sitzung vom 9. August abgegebenen Erklärungen des Bürgermeisters Frey hielt jedermann die Interventions-Angelegenheit für erledigt, als plötzlich ein Artikel der sich zu den Schweizer Wirren neutral verhaltenden *Mannheimer Zeitung* neuerdings einen heftigen Sturm heraufbeschwor.

Die «Mannheimer Zeitung» wußte in ihrer Nummer 233 (21. August 1833, Beilage) folgendes zu berichten:

Von der schweizerischen Grenze den 13. August. Dem Vernehmen nach hat sich die Stadt Basel in vier verschiedenen, jedoch dem Inhalte nach ähnlichen Schreiben an die deutsche Bundesversammlung, den König von Preußen, den Kaiser von Oestreich und noch einen andren, ihr benachbarten deutschen Fürsten gewendet. Nach einer in kräftigen Zügen entworfenen Darstellung der in den letzten Jahren in der Schweiz stattgefundenen Vorfälle, stellt sie die, von dem Wiener Congreß seiner Zeit anerkannte Eidgenossenschaft als nicht mehr vorhanden dar. Nicht nur sey überhaupt der die zugesicherte Neutralität bedingende innere Friedensstand der Schweiz aufgehoben, sondern wie offenkundig, die alte Eidgenossenschaft dergestalt gesprengt, daß einerseits die von den europäischen Mächten anerkannten Cantone sich zum Theil von der Tagsetzung zurückgezogen haben, andererseits aber andere in Folge

von Revolutionen und gewaltsamer Auflehnung geschaffene in dieselben eingetreten, während selbst diejenigen Cantone, welche noch die alten Namen und Gränzen behaupten, in ihrem Innern so gänzlich verändert sind, daß nach dem Zurücktritt der bisherigen Regenten ganz andere an ihre Stelle getreten, wie denn die Häupter zum Theil gar nicht einmal der Schweiz angehören und jedenfalls unter dem Einfluß französischer, italienischer, deutscher und polnischer Carbonaris stehen. Nach Pflicht, Ehre und Gewissen habe Basel an diesen Umtrieben keinen Antheil genommen, sey aber um so mehr den neuen Freiheitsbrüdern ein Dorn im Auge geworden, welche auf nichts anderes sinnen, als ihr Gebiet zu erweitern, und, wenn nicht andere Hülfe kommt, die Stadt mit Gewalt revolutionieren werden, wenn auch die Einwohnerschaft noch so entschieden bei der schon so vielfältig bedrohten Treue beharren wolle. Diese schreckliche Lage nöthige dazu, auswärtige Hülfe zu suchen. Wenn nun auch Basel das gegründete Vertrauen hege, daß die hohen Mächte, welche schon im Jahr 1815 die Verhältnisse der Schweiz mit Weisheit und Milde geordnet haben, den für die Ruhe Europas so wichtigen Zustand derselben nicht aus den Augen verlieren und ihr Werk zu schützen wissen werden, so sey doch die Noth zu dringend, als daß die Stadt anders woher als aus der unmittelbaren Nähe Rettung erwarten könne. Darum wende sie sich vor Allem an den deutschen Bund und die deutschen Fürsten. Es werde hoffentlich nicht vergessen seyn, daß noch vor zweihundert Jahren Basel als eine der edelsten unter der Zahl der deutschen Reichsstädte gestanden habe. Zwar habe nach jener im westphälischen Frieden auf fremden Betrieb ausgesprochenen Ablösung der Schweiz vom deutschen Reiche, dieselbe allerdings nicht mehr mit demselben vereinigt gegen gemeinschaftliche Feinde gestanden, jedoch sey sie niemals selbst feindselig gewesen. Habe nun schon diese passive Lage dem deutschen Reiche in kurzer Frist die Freigrafschaft Burgund, Elsaß und Lothringen gekostet, was werde der Erfolg seyn, wenn die Schweiz, fremden Einflüssen und Interessen zur Beute geworden, den deutschen Ländern feindlich gegenüber stehe? Wie ein festes Bollwerk stehe die Schweiz zwischen ihren Nachbarländern. Im neutralen Zustande deren Streitigkeiten mildernd und hem-

mend, jedem ein willkommener Stützpunkt bei seiner Selbstvertheidigung. Werde dagegen ihr Besitz der revolutionären Propaganda Frankreichs eingeräumt, dann bedrohe sie zu gleicher Zeit Italien, Oestreich und das übrige Süddeutschland bis ins Herz, um so gefährlicher, da sie alle diese Länder in ihrer eigenen Sprache anrede. Diese Wichtigkeit sey von der Umwälzungsparthey sehr wohl erkannt worden. Die halbe Restauration, mit der man 1815 in der Schweiz wie in Frankreich die widerstrebenden Interessen zu vereinigen geglaubt, aber nur übertüncht habe, sey dem Eintritt derselben überall förderlich gewesen. Hier haben sich aus Frankreich, Italien und Deutschland alle Vertriebenen gesammelt. Die Resultate liegen vor. Der größere Theil der Schweiz ist revolutionirt. Über die besseren, ja über die Mehrzahl des Volkes hat die Propaganda den Sieg davongetragen. Der von Bern in besseren Tagen gesammelte Schatz steht zu ihrer Verfügung. Selbst trotz dem in den kleinen Kantonen Neufchatel und Basel gefundenen Widerstand beschränke man seine Thätigkeit schon nicht mehr auf das Innere. Der deutsche Bund wisse, weshalb die Polen in das Land gerufen, er wisse, wie befremdend seine nur allzu begründete Mahnung beantwortet worden; er wisse, wie das Frankfurter Attentat von der Schweiz aus zum Theil geleitet gewesen und wohin die Zersprengten ihren Rückzug genommen. Die Freundschaft oder Neutralität der Nachbarn gehöre auch zur Vertheidigung eines Landes, ob sich denn Deutschland, ob sich Europa ein Bollwerk nach dem andern wolle nehmen lassen? Der burgundische Kreis, welchen der Wiener Congreß an Deutschland nicht zurückgegeben, weil er ihn im Verein mit Holland selbständig zu befestigen gedachte, sey bereits zur französischen Provinz herabgesunken. In Afrika, in Griechenland und in Italien wehen die Farben der französischen Propaganda, Portugal sey von ihr entwaffnet und den modernen Flibustiers preisgegeben. Der von ihr in Polen entzündete Brand sey zwar gelöscht, aber wie lange werden die Trümmer rauchen? Anonymer wirke man in Portugal, Spanien und Deutschland. Auch der Pascha von Aegypten habe sich nur durch sie ermuthigt erhoben. Da aber habe, wenn auch nicht das in seinem Innern verrathene England, doch Rußland die Lage der Dinge erkannt; sein Ernst habe

gerettet. Dieser Ernst möge auch für die Schweiz ins Mittel treten und namentlich eine Stadt erhalten, deren Wichtigkeit wie deren Gastfreiheit die alliirten Mächte noch im Jahr 1814 kennen gelernt haben.

In dem Briefe an einen benachbarten deutschen Fürsten, in welchem Basel, vertrauend wie im Jahr 1813 Hamburg bei Dänemark, um bewaffnete Hülfe anspricht, ist bemerkt, daß ohne dieselbe die Stadt die bisher beobachteten Pflichten getreuer Nachbarschaft ferner nicht werde erfüllen können, und daß es in Beziehung auf Auswärtige um so weniger bedenklich seyn dürfe, die eventuell erbetene Hülfe zu leisten, als nach Auflösung der Eidgenossenschaft es der Stadt Basel lediglich überlassen sein müsse, an wen sie sich anschließen wolle.

Der König von Preußen wird noch besonders als Mitverbündeter angesprochen und auf die Äußerung desselben Bezug genommen, welche er an Neufchatel erließ, als dieses sich von der Eidgenossenschaft abtrennen wollte, daß nämlich die Angelegenheiten der Schweiz von ihm und seinen erhabenen Allirten nicht übersehen, sondern bewacht werden.

Oestreich wird noch besonders auf die nach der Seite von Tyrol versuchten Verbindungen aufmerksam gemacht, wie denn überhaupt in einer allen vier Schreiben beigefügten Anlage die wichtigsten Aufschlüsse über die Pläne, Mittel und auswärtigen Verbindungen der revolutionären Parthei in der Schweiz gegeben sind.

* * *

Hat die «Mannheimer Zeitung» ihre Leser mit diesen Mittheilungen mystifizieren wollen? Haben schweizerische Radikale den allerorts in der Luft schwirrenden Gerüchten mit dem in die «Mannheimer Zeitung» eingeschmuggelten Artikel feste Gestalt verleihen wollen, um Basel bei den wenigen ihm noch gebliebenen Anhängern zu verdächtigen? Wir möchten die Fragen verneinen. Der Artikel sieht nicht aus wie die Stilübung eines zünftigen Journalisten; abgesehen von einigen Trugschlüssen, Übertreibungen,¹⁾ redseligen Abschweifungen und Naivetäten, zeugt er doch von altbaslerischer Gründlichkeit und im ganzen guter Sachkenntnis.

¹⁾ Die vielleicht der «Mannheimer Zeitung» zur Last fallen.

Ist *dies* nun der Inhalt jener Noten, auf welche Ratsherr Wilh. Vischer-Legrand in der Großrats-Sitzung vom 9. August angespielt hat? Die radikale Presse der Schweiz zweifelte nicht daran, daß das längst gesuchte Beweisstück für Basels Beziehungen zu den auswärtigen Mächten in dieser Veröffentlichung der «Mannheimer Zeitung» gefunden sei und hielt mit ihren Anklagen nun nicht mehr zurück; selbst Zeitungen, die der Basler Regierung im allgemeinen freundlich gesinnt waren, gaben ihrem Befremden Ausdruck und wollten die officiöse Erklärung der «Basler Zeitung», daß an einem Interventionsgesuch der *Stadt Basel* «kein wahres Wort» sei, für nichts weniger als genügend erachten. Aus jedem der beiden politischen Lager mag hier eine Stimme wiedergegeben sein.

Der «*Schweiz. Republikaner*» von Zürich (No. 74, 1833) schreibt:

„Die «Mannh. Ztg.» berichtet in einem, vom 13. August datierten, auch in der «Allgem. Ztg.» abgedruckten Artikel folgendes (folgt ein Auszug):

Die «Basler Ztg.» erklärt nun zwar den Inhalt dieses Artikels der «Mannh. Ztg.» als Unwahrheit und versichert, die Basler Regierung habe die dort erwähnten Schreiben nicht erlassen. Aber auf der einen Seite sind die Angaben in jenem Artikel so speziell und genau, die «Mannh. Ztg.» selbst ist in der Regel mit den geheimen Manœuvres der Diplomatie so wohl bekannt, daß es schwer fällt, in jenen Angaben nichts als leere Erfindungen zu erblicken; auf der andern Seite weiß man wohl, daß die Faktionshäupter in Basel schon gar vieles gethan haben, ohne dem Großen — ja selbst dem Kleinen Rath Kenntniß davon zu geben. •Wir wollen gern glauben, daß man diese Schreiben weder der einen, noch der andern dieser Behörden vorgelegt hat: aber wie, wenn die Gewaltigen in Basel, die sich schon lange über alle Behörden hinaussetzten, auf ihre eigene Faust diese verbrecherischen Schritte gethan hätten? So lange die Basler Regierung nicht durch Veranlassung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die «Mannh. Ztg.» eine genügende Rechtfertigung gewährt, bleibt der ungeschwächte Verdacht auf Basel haften, daß von dort noch ein zweiter, weit ärgerer Hochverrathsversuch als der feindliche Anfall des eidgenössischen Gebietes ausgegangen sei.“

Die konservative «*Bündner Zeitung*» schrieb am 28. August in ihrer Nummer 69:

Schweizerisches. Wir lesen in der Baseler Zeitung folgende Erklärung: „Die «*Mannh. Ztg.*» enthält in einem umständlichen Artikel die Erzählung, die Stadt Basel habe die Hülfe des deutschen Bundes und deutscher Bundesfürsten nachgesucht. Wir können auf das Bestimmteste erklären, daß hieran kein wahres Wort ist.“

Die Angaben in der «*Mannh. Ztg.*» lauten so bestimmt und so umständlich, daß es uns wundern sollte, wenn die Regierung von Basel nicht Allem aufböte, um die Quelle solcher Angaben ausfindig zu machen, theils um die Unbegründetheit solcher Beschuldigungen darzuthun, anderntheils aber auch um einmal aufzudecken, welcher schändlichen Mittel die Faktion sich bedient, um das Schweizervolk gegen die Stadt Basel noch immer mehr zu erbittern.

Ferner hatte am 31. August die «*Mannheimer Zeitung*» (mit einer Korrespondenz aus Heidelberg vom 29. August) auf das Dementi der «*Basler Zeitung*» hin die Erklärung abgegeben, daß ihr «der Aufsatz vom 21. August natürlich nicht von Basel aus offiziell gesiegelt mitgetheilt worden», hingegen habe sie auch von anderwärts bestätigende «Anzeigen über den Gegenstand» erhalten, deren Veröffentlichung sie nur aus Rücksicht für das gekränkte Basel unterdrückt habe.

So standen die Dinge in den letzten August- und ersten Septembertagen. Die Aufregung hatte mittlerweile in Basel einen hohen Grad erreicht und jeder sah der auf Montag, 2. September anberaumten Großratssitzung mit Spannung entgegen. Man sprach von einer bevorstehenden Interpellation und erwartete wichtige Eröffnungen.

Gleich zu Beginn der Sitzung erhob sich *Peter Vischer-Passavant*; seine Anfrage hatte ungefähr folgenden Wortlaut:

„Es ist bekannt, daß Mhgh. die Räte besonders durch einen sehr weitläufigen Artikel der «*Mannheimer Zeitung*» formell beschuldigt sind, fremde Intervention herbeigerufen zu haben. Ich glaube indes nicht daran. Da aber hauptsächlich die «*Bündner Zeitung*», unsre Alliierte, dies (d. h.

die Behauptungen des Artikels der «Mannheimer Zeitung») stark hervorhebt und der Meinung ist, jetzt sei die Gelegenheit für die Basler Regierung vorhanden, um sich öffentlich rein zu waschen, — sie dürfe ja nur den Verfasser des Artikels zu wissen verlangen, um ihn als Lügner zu widerrufen, — so wünsche ich zu wissen, ob und welche Schritte in dieser Sache von seiten der hohen Regierung bereits ergangen sind.“¹⁾

Bürgermeister Frey antwortete:

„Ich beschränke mich in Antwort zu erklären (mit erhobener Stimme, fast schreiend): *Es ist nicht wahr, was in der Zeitung steht.* Dies ist und bleibt nun für ein und allemal meine Zusicherung. Die Regierung hat sich in nichts eingelassen, das sie kompromittieren könnte, aber auch ebensowenig direkte Schritte getan, um den Einsender von solchen Lügenblättern näher kennen zu lernen; mit Verachtung behandeln wir dergleichen Kalumnianten, wenn schon die «Bündner Zeitung» uns zum Gegenteil auffordert.“

Damit war die Sache für den Großen Rat abgetan. So entschieden auch die Antwort des Bürgermeisters gelaute hatte, wahrhaft befriedigt war durch sie natürlich niemand. Darüber war man zwar einig, daß sich die sehr vorsichtige Regierung als *solche* die schwere Verirrung nicht hatte zu schulden kommen lassen und gerne wurde in dieser Hinsicht den Versicherungen des Bürgermeisters und dem Dementi der «Basler Zeitung» Glauben geschenkt.

Wo ist nun aber der Schuldige zu suchen? Es ist schwierig, die richtige Antwort zu finden. Trügen nicht alle Anzeichen, so haben in der Tat übereifrige baslerische Intransigents in einem Augenblick höchster Not ohne viel Überlegung diesen verzweifelten Schritt getan und an einem nicht näher zu bestimmenden, aber jedenfalls zwischen dem

¹⁾ Em. Burckhardt macht zu diesem Votum die Bemerkung: «Wenn man dem Gang der Beratungen des Großen Rates Schritt vor Schritt gefolgt ist, so stößt man überall auf Widersprüche und größte Inkonssequenzen. War es nicht der nämliche Herr Vischer, der erst vor wenigen Tagen hier erklärt hat, man solle die Eidgenossen nicht einlassen, sondern lieber den Schutz der fremden Mächte anrufen?»

14. November 1832 (erster Zusammentritt der Sarner Konferenz) und dem 3. August 1833 liegenden Zeitpunkt jene fatalen Schreiben versandt. Der ganze Ton der Veröffentlichung der «Mannheimer Zeitung» scheint ferner darauf hinzuweisen, daß der Annäherungsversuch an die deutschen Mächte schwerlich von der Partei der baslerischen «Stock- und Prügel-Aristokraten», der «Bellianer», ausgegangen sein kann. Viel eher mögen es hochgebildete und namentlich historisch wohlbewanderte Persönlichkeiten gewesen sein, welche mit ausführlichen Denkschriften die Aufmerksamkeit der deutschen Mächte auf die in der Schweiz herrschenden Zustände lenken wollten. Es waren vielleicht um ihr engeres, ihr engstes Vaterland sonst wohlverdiente Männer, die aber an einer gerechten und unparteiischen Behandlung der «Basler Frage» durch die Tagsatzung nachgerade verzweifelt waren, die ihre Vaterstadt völlig isoliert sahen, da sie auch zur Machtstellung ihrer Freunde von der Sarner Konferenz wenig Vertrauen hegen konnten. Dem Kenner unsrer heimatlichen Geschichte wird noch ein andrer Fall bekannt sein, daß in den Zeiten des alten Schweizerbundes (*vor* 1848) die irrehende Vaterlandsliebe eines Baslers ähnliche Wege eingeschlagen hat. Der Erfolg der schon von vorneherein mit einer größern Dosis von zielbewußter Staatsklugheit unternommenen Schritte ist bei der damaligen Lage der Dinge allerdings ein völlig andrer gewesen.

* * *

Die Interventionsfrage ist in der Großrats-Sitzung vom 2. September 1833 zum letztenmal öffentlich berührt worden. Von der Tagsatzung mag an die damals noch leicht zu überblickende schweizerische Presse die Weisung ergangen sein, der Sache keine weitere Folge zu geben, wie denn auch sonst die Bundesregierung nach der Katastrophe des 3. August — wo es nur immer anging — eine kluge Milde gegenüber Basel walten ließ; so sind auch die berüchtigten Anträge des Standes Bern, die auf strenge Maßregelung der leitenden oppositionellen Staatsmänner hinzielten, von der Tagsatzung verworfen worden.¹⁾

¹⁾ Baumgartner, Die Schweiz in ihren Kämpfen und Umgestaltungen 1830—1850, I (1853), 448 ff.

Man erlasse es uns, Mutmaßungen über die Persönlichkeiten der Urheber und hauptsächlichsten Vertreter des Interventions-Gedankens hier auszusprechen bzw. wiederzugeben; einzig und allein unserm Gewährsmann, E. Burckhardt-Sarasin, soll in diesem Zusammenhang noch ein Wörtlein vergönnt sein. Er schreibt: „Sollte der Aufsatz der «Mannheimer Zeitung» nicht etwa der Schlüssel zum Rätsel sein, warum der Staatsschreiber (Braun) keinen Gesandtschaftsposten nach Zürich (d. h. an die Tagsatzung) annehmen wollte und warum ihm die beiden Bürgermeister zur Entlassung (d. h. zur Ablehnung des Gesandtschaftspostens) so mutig verholten haben? Ein Glück wäre es, wenn alles enthüllt würde; viele wissen etwas und sagen's nicht; alles und vollständig zu erfahren, dürfte schwer halten.“
